



# Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

## Interview der Reichsbanner-Zeitung mit Reinhard Höppner, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt



Hans Bonkas im Interview mit Reinhard Höppner

*Sind Sie vor der Wende von der Stasi bespitzelt worden?*

Bereits als Schüler hat man versucht, eine Mitschülerin auf mich anzusetzen. Diese Beobachtung durch den Staatssicherheitsdienst hat mich dann weiter auf den verschiedenen Stationen meines Lebens begleitet. Einiges darüber findet sich in meiner eigenen Stasi-Akte, anderes in Unterlagen aus der Beobachtung kirchlicher Tätigkeit. Ich habe mich davon nie sonderlich beeindrucken lassen. Weil ich der Stasi auch nicht den Erfolg lassen wollte, mich in meinem gesellschaftlichen Engagement eingeschüchtert zu haben.

*Sie sind einem breiten Publikum in Westdeutschland erstmalig durch Ihre Tätigkeit als Vizepräsident der Volkskammer bekannt geworden, als Sie mehrfach für die damals überforderte Präsidentin der Volkskammer einspringen mußten.*

*Wie war damals die Zusammenarbeit zwischen CDU und SPD?*

Wir waren damals mit CDU, aber auch mit FDP und DSU in einer Großen Koalition, die eine verfassungsändernde Mehrheit hatte. Das erste Gespräch seitens der SPD mit dem designierten Ministerpräsidenten DeMaiziere habe ich seinerzeit geführt. Ich hielt die Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU für nötig, um die Interessen der DDR bei der Erarbeitung des Einigungsvertrages wirksam vertreten zu können. Die Zusam-

menarbeit wurde erst in der zweiten Hälfte unserer Arbeit in der freigewählten Volkskammer der DDR schwierig, in der offenbar die CDU der DDR immer mehr in Abhängigkeit zu den Regierungsparteien in Bonn geriet. Als der sozialdemokratische Finanzminister der DDR, Walter Romberg, dann einige Zahlen über die Kosten der Wiedervereinigung in der Öffentlichkeit bekanntgab, die sich übrigens im Nachgang als zu niedrig und nicht als zu hoch erwiesen, wurde er von Ministerpräsident DeMaiziere aus dem Kabinett geworfen; die Koalition zerbrach offenbar aufgrund einer Intervention der Bundesregierung.

*Wäre der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR nach Ihrer Ansicht 1990 anders ausgehandelt worden, wenn die SPD federführend gewesen wäre?*

Die SPD war in einigen wesentlichen Punkten mit dem Einigungsvertrag nicht einverstanden. Mit Sicherheit hätte es in wesentlichen Eckdaten ein anderes Ergebnis gegeben, z.B. bei der Regelung der Eigentumsfragen, bei denen wir das Prinzip der Rückgabe vor Entschädigung konsequent abgelehnt haben. Außerdem hätte es eine bessere Absicherung der Bodenreform und der Umwandlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in privatwirtschaftliche Betriebe gegeben. Defizite gab es auch bei der Frage der Anerkennung von Ausbildung aus DDR-Zeiten oder der Frage des Schwangerschaftsabbruchs. Diese und andere Fragen wären mit sozialdemokratischer Mehrheit wesentlich besser für die östlichen Bundesländer und möglicherweise auch wegweisend für die Bundesrepublik lösbar gewesen.

*Der letzte kommunistische Ministerpräsident der DDR, Modrow, behauptet, die Wiedervereinigung Deutschlands sei von einem Festhalten an der Enteignung abhängig gemacht worden, die zwischen 1945 und 1949 von der sowjetischen Militäradministration verfügt worden war. Gorbatschow bestreitet dies. Wie ist Ihre Ansicht dazu?*

In dem von mir bereits erwähnten Gespräch zwischen SPD und CDU, zwischen mir und Lothar DeMaiziere hatten wir uns bereits darauf geeinigt, daß eine der

Grundlagen für die Zusammenarbeit zwischen CDU und SPD die Erhaltung der Ergebnisse der Bodenreform ist. Dieses Festhalten an der Enteignung durch die Bodenreform ist also ein ausdrücklicher Wille, der dann auch von der Volkskammer bestätigt wurde, der östlichen Seite bei den Einigungsverhandlungen.

Inwieweit die sowjetische Seite - insbesondere Gorbatschow - darauf noch einmal maßgeblich Einfluß genommen hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich bin allerdings der Meinung, daß es zwingend notwendig war, diese neu bis 1949 entstandenen Eigentumsverhältnisse tatsächlich zu belassen. Man kann nicht altes Unrecht durch neues Unrecht, das damit entstanden wäre, wiedergutmachen.

*Am 15.6.1990 veröffentlichten die Regierungen der BRD und DDR eine gemeinsame Erklärung zur Regelung der noch offenen Vermögensfragen. Sie einigten sich darauf, daß die Regelungen, so wie sie nach dem Krieg entschieden wurden und nach dem Krieg festgeschrieben wurden, unumstößlich und nicht mehr rückgängig zu machen sind. Wer setzt sich jetzt für eine Änderung ein?*

Die Erklärung zur Regelung der noch offenen Vermögensfragen geschah im Zusammenhang mit dem Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Sie entsprach nicht unseren Vorstellungen, war aber eine Bedingung für das Inkrafttreten der Währungsunion und darum von uns nicht mehr änderbar, weil wir es den Menschen im Osten Deutschlands nicht zumuten konnten, noch länger auf das Westgeld zu warten; das wäre politisch nicht durchsetzbar gewesen. Darum mußten wir etwa das Prinzip der Rückgabe vor Entschädigung akzeptieren; allerdings war darin auch die Zusicherung enthalten, daß die Bodenreform nicht rückgängig gemacht wird. Dieses Prinzip ist im Nachhinein von verschiedenen Seiten angefochten worden, u.a. von Alteigentümern. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes dazu allerdings haben diesem Teil des Einigungsvertrages Bestand erteilt. Es hat dann ein Gesetz gegeben, das die Vermarktung dieser Bodenreformflächen regelt, ein sogenanntes Flächenerwerbsprogramm. Über dieses Programm wird derzeit noch gestritten, weil die Alteigentümer versuchen, jetzt noch bessere Chancen zu bekommen, an ihre früheren Grundstücke und Liegenschaften heranzukommen. Ich bin der Meinung, daß es für den Aufbau im Osten und für das Miteinander gerade im ländlichen Bereich zwingend notwendig ist, Frieden zu bewahren und diese Verhältnisse nicht noch einmal aufzurollen.

Im übrigen sind die Alteigentümer ja entschädigt worden und hatten lange Zeit auch die Chance, sich in den westlichen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland eine Existenz neu aufzubauen. So schwierig das sein mag, ist es kein Grund, den Menschen, die jetzt in den östlichen Bundesländern das Land bearbeiten, ihre Existenzgrundlage zu entziehen.

*Die Bildung einer von der PDS tolerierten Minderheitsregierung vor 4 Jahren in Sachsen-Anhalt ist damals heftig kritisiert worden. Hat es in den letzten 4 Jahren*

*jemals Situationen gegeben, wo Sie diesen Schritt bereut haben?*

Dieser Schritt war sicherlich umstritten. Er hat aber dem Land Sachsen-Anhalt eine Stabilität gebracht, die das Land bisher nicht hatte. Die CDU/FDP-Koalition hat ja in der ersten Legislaturperiode drei Regierungen verbraucht und dann bei der Wahl deutlich Verluste hinnehmen müssen. Wir haben dann mit einer rot-grünen Regierung vier Jahre ordentlich regiert und offenbar auch soviel Vertrauen gewonnen, daß die SPD deutliche Gewinne bei den Wahlen in diesem Jahr verzeichnen konnte, während die CDU 12% Verlust hinnehmen mußte. Ich selbst habe den Schritt von 1994 nie bereut, sondern ihn für richtig gehalten und bin darin durch die Landtagswahlen 1998 bestärkt worden.

*Bei den Wahlen im April dieses Jahres sind Ihnen Bündnis 90/Die Grünen als Koalitionspartner abhanden gekommen ...*

Es ist bedauerlich, daß Bündnis 90/Die Grünen als eine Partei, die in besonderer Weise wie Sozialdemokraten dem Herbst '89 verpflichtet gewesen ist, den Einzug in den Landtag nicht mehr geschafft hat. Damit sind Bündnis 90/Die Grünen aus allen Länderparlamenten im Osten verschwunden. Sicherlich haben die Magdeburger Parteitagebeschlüsse etwas damit zu tun. Es scheint allerdings auch so zu sein, daß die Basis für grüne Politik in der derzeitigen Aufbausituation des Ostens nicht besonders populär ist. Wir werden als Sozialdemokraten darauf achten müssen, daß die vernünftigen Schritte für eine ökologisch verantwortbare Politik auch in Zukunft konsequent gegangen werden.

*An der Börse lassen die enormen Gewinne der Unternehmen den DAX auf über 5000 DM klettern und Volkswagen erhöht die Dividende von 55 auf 81 DM pro Aktie. Doch die Unternehmer klagen und fordern weitere steuerliche Entlastungen an und sind gegen Lohnerhöhungen. Ist das nicht eine ungesunde Entwicklung, wenn die Kapitalgeber immer höhere Gewinne einstreichen auf Kosten immer höherer Arbeitslosenzahlen und der Geldbeutel der Verbraucher immer schmaler wird?*

Es ist in der Tat alarmierend, daß die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinandergeht und daß in dieser Situation viele Einkommensmillionäre keine Steuern zahlen, weil sie so hervorragende Abschreibungsmöglichkeiten haben. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß gerade im Osten viele Unternehmer tatsächlich in großen Schwierigkeiten sind, weil sie nicht genug Eigenkapital zum Wirtschaften haben. Darum ist es dringend erforderlich, daß die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geändert, daß in Schwierigkeiten geratenen Betriebe geholfen wird und die privaten Einkommen der Besserverdienenden nicht zu Lasten der Allgemeinheit steigen. Das Problem in Deutschland sind übrigens nicht die zu hohen Steuern, sondern die Abgaben. Was die Steuern betrifft, befinden wir uns durchaus im Durchschnitt der europäischen Länder. Zu hoch sind die Abgaben, die sogenannten Lohnnebenkosten. Hier besteht allerdings Einigkeit, daß diese ge-

senkt werden müssen. Ich hoffe, daß eine sozialdemokratisch regierte Bundesregierung diese Schritte unverzüglich einleiten kann.

*Wieviele Beschäftigte waren in Sachsen-Anhalt vor der Wende im Chemiebereich tätig und wieviele sind es heute, und welche weitere Entwicklung zeichnet sich ab?*

Die Chemie war im Süden Sachsen-Anhalts im Chemiedreieck zwischen Bitterfeld, Buna und Leuna der bestimmende Industriezweig. Es ist schwer zu schätzen, wieviele Menschen in dieser Region ihre Arbeitsplätze durch die chemische Industrie gesichert hatten. Inzwischen sind die großen Konzerne zusammengebrochen oder entflochten. Es ist aber durch eine vernünftige Industriepolitik gelungen, den Standort für moderne chemische Produktion zu erhalten. Das gilt sowohl für Bitterfeld, etwa mit der Ansiedlung von Bayer, oder in Buna mit dem Engagement von Dow Chemical. Wir hoffen, daß dies auch Ausstrahlung auf weitere Ansiedlungen hat und diese Region einer der modernen Standorte chemischer Industrie in Deutschland und Europa wird. Man kann aber davon ausgehen, daß wenigstens 100.000 Menschen, die vorher in diesem Bereich Arbeit hatten, nicht wieder in der chemischen Industrie tätig sein können. Insofern ist es durchaus erstaunlich, wie viele neue Arbeitsplätze in anderen Bereichen in den letzten acht Jahren geschaffen werden konnten.

*Was unternimmt das Land Sachsen-Anhalt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?*

Wir haben ein sehr umfangreiches Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es beginnt bei einer konsequenten Ansiedlungspolitik, die neue Unternehmen ins Land holt. Dabei haben wir viele ausländische Investoren gewinnen können. In den letzten Jahren haben sich 250 ausländische Unternehmen mit Investitionen im Lande betätigt. Hier sind wir unter den neuen Bundesländern führend. Ein zweites Feld ist die Sicherung und Konsolidierung von schlecht privatisierten Treuhandbetrieben, die uns immer noch große Sorgen machen. Dies alles sind Bausteine der Mittelstandspolitik, denn der industrielle Mittelstand ist die wichtigste Säule unserer Wirtschaft. Darüber hinaus werden wir noch für lange Zeit den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt gebrauchen, um die Umstrukturierungsprozesse abzufedern. Hier hat Sachsen-Anhalt besonders große Anstrengungen unternommen, allerdings sind die ständig wechselnden Rahmenbedingungen ein erheblicher Störfaktor gewesen. Hier muß Klarheit und Kontinuität einkehren, damit die Menschen - auch im Blick auf ihre Zukunft - eine gewisse Sicherheit bekommen.

*Wie ist Ihr Verhältnis zum Oppositionsführer Bergner? Konsultieren Sie Bergner vor wichtigen Entscheidungen für das Land Sachsen-Anhalt?*

Ich habe schon in der letzten Periode verschiedentlich Versuche unternommen, mit Herrn Bergner in regelmäßige Gesprächskontakte zu kommen. Das ist leider nicht möglich gewesen. Die wenigen Gespräche, die wir mit

einander geführt haben, waren nicht sehr ergiebig. Ich halte es für erforderlich, daß die CDU ihre Oppositionsstrategie überdenkt und zu einer konstruktiveren Zusammenarbeit kommt. Ich jedenfalls bin gerne dazu bereit, grundsätzliche Fragen, die das Land betreffen, mit allen Parteien zu besprechen.

*Gerhard Schröder hat erklärt, daß er sich nicht mit den Stimmen der PDS zum Bundeskanzler wählen läßt. Teilen Sie seine Absicht?*

Eine Regierung braucht nicht nur eine Mehrheit im Parlament, sondern auch eine Akzeptanz in der Bevölkerung. Während unser Weg in Sachsen-Anhalt auf große Akzeptanz stößt, würde ein Bundeskanzler, der - wie auch immer - mit Stimmen der PDS gewählt ist - in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt keine Akzeptanz gewinnen können. Darum ist die Erklärung von Gerhard Schröder absolut richtig.

*Hat es in der auslaufenden Legislaturperiode jemals Schwierigkeiten mit der PDS gegeben? Gibt es in deren Fraktion sogenannte Betonköpfe?*

Politische Zusammenarbeit im Parlament bringt immer Schwierigkeiten mit sich. Auf's Ganze aber ist die Arbeit erfolgreich gewesen, und das zählt. Natürlich gibt es in der PDS-Fraktion sehr unterschiedliche Abgeordnete, mit den einen kann man besser, mit den anderen sehr viel schwieriger zusammenarbeiten. Aber ich bin der Meinung, daß wir akzeptieren müssen, daß diese Menschen von den Wählerinnen und Wählern ins Parlament geschickt worden sind und darum auch angemessen mit ihnen umgehen sollten.

*Mit der Bildung einer Minderheitsregierung, toleriert durch die PDS, haben Sie sich nicht nur Freunde gemacht. Insbesondere auch wir damaligen politischen Häftlinge, die durch die Vorgängerpartei der PDS, die SED, in Bautzen, Thorgau, Hohenschönhausen usw. als Sozialdemokraten sehr schlimme Zeiten durchmachen mußten und von den Kommunisten schlimmer als kriminelle Schwerverbrecher behandelt wurden. Was hat für Sie den Ausschlag für die Bildung einer Minderheitsregierung gegeben?*

Mir war die Meinung derjenigen, die in besonderer Weise in der DDR-Zeit gelitten haben, auch im Vorfeld der Regierungsbildung wichtig. Denn ich habe Achtung vor ihrer Leistung, und ich möchte sie in keiner Weise kränken. Allerdings muß man dabei erinnern, daß das DDR-Regime nicht nur von der SED, sondern auch von den Blockparteien getragen worden ist. Es saßen Vertreter aller Parteien in der Volkskammer, als Mauer und Stacheldraht beschlossen wurden. Es kann nicht sein, daß die CDU einfach per Umarmung durch den Bundeskanzler zu einer demokratischen Partei wird. Solange die SPD und Bündnis 90/Die Grünen keine Mehrheit haben, sind sie immer darauf angewiesen, mit Parteien zusammenzuarbeiten, die Vorläufer und damit Verantwortungsträger aus dem DDR-Regime in ihren Reihen haben. Eine Minderheitsregierung mußte ich bilden, weil die Koalitionsgespräche mit der CDU bereits zu

Beginn gescheitert sind. Ich habe dabei den Eindruck, daß Wahlkampfgesichtspunkte im Blick auf die Bundestagswahl bei der CDU eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Ich konnte und wollte nicht zulassen, daß die Regierungsbildung zu Wahlkampfzwecken mißbraucht wird.

*Für uns ehemalige politische Häftlinge wäre es sicherlich leichter dem von Ihnen eingeschlagenen Weg Verständnis entgegenzubringen, wenn sich die PDS für das uns Sozialdemokraten angetane Unrecht förmlich und öffentlich entschuldigt und von denen distanziert, die für Unrecht, Willkür und Bespitzelung verantwortlich waren. Außerdem müßte sich die PDS klar zur freiheitlichen Demokratie bekennen und ihre Hetze gegen den Westen einstellen. Sehen Sie das auch so?*

Zwar haben einzelne führende Mitglieder der PDS sich zur Frage der Vergangenheit schon sehr deutlich geäußert und sich vom Unrecht der DDR distanziert, es wäre

aber sicherlich wichtig, daß dies auch von der Partei insgesamt deutlich gesagt wird. Im Blick auf die Bewältigung der Vergangenheit gilt dies übrigens auch für die anderen ehemaligen DDR-Parteien. Daß die PDS eine Partei ist, die auf dem Boden des Grundgesetzes steht, sollte man nicht bezweifeln. Forderungen jedenfalls nach der Änderung einzelner Bestimmungen des Grundgesetzes können dafür kein Beleg sein, sonst würden ja diejenigen, die eine Grundgesetzesänderung fordern oder betrieben haben, nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Am problematischsten ist im Moment tatsächlich die Tatsache, daß die PDS ihr Wählerklientel aus einer Abgrenzung, zum Teil Verunglimpfung des Westens bezieht. Es muß die Aufgabe aller Parteien - auch der PDS - sein, mit ihrem politischen Wirken zum Gelingen des Einigungsprozesses beizutragen. Denn nur gemeinsam werden wir in der Lage sein, die Zukunftsprobleme, die in Deutschland gelöst werden müssen, auch tatsächlich zu bewältigen.

## Grußwort von Ministerpräsident Gerhard Schröder zum Seminar des Reichsbanners und der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 24.- 28. Juni in Dresden

**Zu unserem Seminar in Dresden hat uns der Kanzlerkandidat der SPD nachstehende Grußbotschaft übersandt.**

**Ein ausführlicher Bericht über den Verlauf des Seminars erfolgt in der nächsten Ausgabe.**

An die Auszubildenden der Flughafen Frankfurt am Main AG

Ich grüße die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars in Dresden ganz herzlich.

Sehr gerne hätte ich mit Ihnen diskutiert, weil ich das Engagement junger Menschen für unsere Demokratie für äußerst wichtig halte. Da dieses Jahr ein besonders Jahr ist, habe ich leider nicht die Zeit dazu gefunden. Das Reichsbanner - Bund aktiver Demokraten - hat sich im Lauf seiner Geschichte immer für die Freiheit und gegen Diktatur eingesetzt. Heute wie damals gilt es den wiedererwachenden faschistischen Tendenzen den Kampf anzusagen. Dazu gehört die Aufarbeitung unserer Geschichte, aber auch die kritische Auseinandersetzung mit der Gegenwart. Das ist manchmal mühsam, um so mehr begrüße ich es, wenn sich jungen Menschen intensiv mit der Vergangenheit beschäftigen, um Lehren für die Gegenwart daraus ziehen zu können. Dem „Reichsbanner“ danke ich für die unermüdliche Aufklärungsarbeit. Denn die Veränderungsprozesse in unserer Gesellschaft gilt es demokratisch und sozial gerecht zu gestalten.

In diesem Sinne wünsche ich allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Seminars zu Dresden viel Erfolg und Glück für den weiteren Lebensweg.

Ihr Gerhard Schröder

Unser nächstes Seminar findet vom 30.9 - 4.10. in Berlin statt. Neben Stadtrundfahrten in Berlin und Potsdam sind Empfänge im Berliner Abgeordnetenhaus und in der Staatskanzlei in Potsdam vorgesehen. Höhepunkt des Seminars ist der Besuch des ehemaligen KZ-Sachsenhausen gemeinsam mit Ignaz Bubis.

Das Reichsbanner  
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 10,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.

Redaktion und Pressesprecher: Alexander Matwejew (presserechtlich verantwortlich), Hans Bonkas (stellv. Pressereferent). Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

## Interview mit dem Bundesbeauftragten für Stasi-Angelegenheiten, Joachim Gauck



Hans Bonkas, Joachim Gauck

*Wieviel Stasi-Akten werden von Ihrer Behörde verwaltet?*

Unsere Behörde verwahrt und verwaltet in ihrem Zentralarchiv in Berlin und in den 14 Außenstellen insgesamt rund 180 Kilometer Unterlagen, die vom MfS bei seiner Auflösung hinterlassen worden sind. Dieses Material besteht nicht nur aus Akten, das sind auch rund 40 Millionen Karteikarten, hunderttausende Bild- und Tondokumente sowie mehrere tausend Säcke mit vom MfS zerrissenen Akten, sogenanntem „vorvernichteten“ Material.

*Wieviel Stasi-Akten konnten von den Betroffenen bisher eingesehen werden?*

Insgesamt sind bisher rund 3,8 Millionen Anträge an den Bundesbeauftragten gerichtet worden, davon ca. 1,4 Millionen von Privatpersonen. Von diesen 1,4 Millionen Anträgen auf Akteneinsicht, Herausgabe von Kopien bzw. Decknamenentschlüsselung sind bislang 1,15 Millionen bearbeitet.

*Wie lange muß man auf eine Akteneinsicht warten, wenn heute ein Antrag gestellt wird?*

Die Wartezeiten auf eine Akteneinsicht sind immer noch sehr unterschiedlich und generell leider viel zu lang. Auf jeden Fall aber bekommt jeder Antragsteller nach rund 8 Wochen eine Mitteilung von uns, ob er überhaupt in den Karteien der Staatssicherheit erfaßt ist. Liegt nur wenig Material vor, zum Beispiel nur einige Karteikarten oder wenige Blatt Aktenmaterial, so bekommt derjenige Kopien davon sofort zugeschickt. Andernfalls müssen wir weiterhin um Geduld bitten. Aufgrund der großen Anzahl vordringlich zu bearbeitender Anträge, beispielsweise wegen des fortgeschrittenen Alters des Antragstellers oder laufender Rehabilitierungs- oder Gerichtsverfahren und der Tatsache, daß in den ersten Jahren der Überprüfung von Mitarbei-

tern des öffentlichen Dienstes Priorität eingeräumt wurde, verzögerte sich die Akteneinsicht für viele „normale“ Antragsteller. Ich kann Ihnen aber versichern, daß in einem behördeninternen Sonderprogramm seit einigen Monaten mit Hochdruck daran gearbeitet wird, bestehende Rückstände aufzuholen.

*Konnten bisher alle die vorgefundenen Aktenzeichen gesichtet werden bzw. wieviel Akten müssen noch eingesehen werden?*

Es ist nicht so, daß alle vorhandenen Akten von den Mitarbeitern meiner Behörde systematisch gesichtet werden, Privatpersonen, Arbeitgeber, Parlamente, Vereine, Forscher oder Journalisten richten Anträge an uns. Auf diese Anträge hin recherchieren wir nach eventuell vorhandenem Material.

*Hatte die Stasi kurz vor bzw. kurz nach der Wende noch die Möglichkeit, Akten zu vernichten, und können Sie gegebenenfalls angeben in welcher Größenordnung?*

Nur ein Teil des vom Staatssicherheitsdienst hinterlassenen Aktenbestandes konnte in geordnetem Zustand von den Bürgerrechtlern der DDR und später von meiner Behörde übernommen werden.

Aufgeschreckt durch die Bürgerbewegung, durch die seit Oktober 1989 regelmäßig stattfindenden Demonstrationen und die immer lauter werdenden Unmutsäußerungen der Bevölkerung, begannen die Mitarbeiter des MfS im November 1989 die Vergangenheit auf ihre Weise zu verarbeiten: Sie vernichteten Akten und Karteien in großem Umfang. Zuerst mit Hilfe von Reißwölfen - diese Unterlagen sind für uns unwiederbringlich verloren. Als die Reißwölfe ihren Dienst aufgaben, wurden Tag und Nacht Materialien von Hand zerrissen, in Säcke verpackt und verbrannt. Zehntausende von Vorgängen wurden zudem von den Mitarbeitern des MfS mit Absicht in Unordnung gebracht.

Erst Anfang Dezember 1989, mit der Besetzung der Dienststellen des MfS durch mutige Männer und Frauen, konnte dieser Massenvernichtung Einhalt geboten werden. Alles noch vorhandene Material wurde von den Mitgliedern der Bürgerbewegung zunächst in Bündel verschnürt und an sichere, leicht zu überwachende Orte gebracht, um es vor dem weiteren Zugriff des MfS zu schützen: Bunker waren das in Berlin, Chemnitz und Frankfurt (Oder), Haftanstalten zum Beispiel in Dresden und Suhl, Fahrzeughallen in Potsdam und Magdeburg - ein Alptraum für jeden Archivar.

Hochrechnungen haben ergeben, daß diese Bündel, nebeneinander gestellt, rund 36.680 laufende Regalmeter einnehmen. Seit 1994 beschäftigen sich in den Außenstellen und im Zentralarchiv Archivmitarbeiter intensiv damit, diese Bestände erst einmal grob zu sichten. Im Zentralarchiv sind diese Arbeiten inzwischen weitgehend abgeschlossen. Die eigentliche Erschließung, das Lesen und Archivieren jedes einzelnen Blattes wird

noch viele Jahre in Anspruch nehmen.

Doch das ist noch nicht alles. Bei der Erstürmung der Dienststellen wurden auch tausende von Säcken mit bereits zerrissenen Unterlagen vorgefunden und sichergestellt. Insgesamt befinden sich also auch rund 14.415 laufende Meter Papierschnipsel in unseren Beständen. Seit 1995 arbeiten wir mit Unterstützung einiger zu uns abgeordneter Mitarbeiter des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge daran, diese Unterlagen - oder zumindest Teile davon - wieder zusammenzusetzen. Ca. 45 Säcke mit MfS-Material konnten bisher auf diese Art und Weise rekonstruiert werden. Manchem mag das lächerlich vorkommen. Aber die teilweise Brisanz der Papiere bestätigt uns. Gefunden und „zusammengepuzzelt“ wurden bisher zum Beispiel Unterlagen über das Doping im DDR-Sport, über das Attentat während der olympischen Spiele in München und auch IM-Verpflichtungen, die bislang als vernichtet galten. Sicher findet sich in absehbarer Zeit ein Verfahren, diese anstrengende und langwierige Arbeit elektronisch zu unterstützen und damit zu beschleunigen. Vorschläge dazu gibt es bereits.

Wieviele Akten, Karteien und sonstige Materialien aber vom MfS während der Wendezeiten tatsächlich vernichtet worden sind, ist nicht bekannt. In den allgemeinen Wirren des Herbstes 1989 hatte wohl selbst die Stasi nicht mehr die Nerven, darüber Protokolle anzulegen.

*Ist es vorgekommen, daß Zuträger und Mitarbeiter der Stasi bei ihren Berichten über Bespitzelte bewußt falsche Angaben gemacht haben?*

Indirekt gab es das manchmal. Seinem Führungsoffizier gegenüber regelrecht falsche Angaben zu machen, das konnte sich wohl kein inoffizieller Mitarbeiter leisten. Auch sie wurden ja kontrolliert, ihre Berichte mit denen anderer IM abgeglichen. Aber schon durch bloßes Weglassen von Informationen konnte man den Berichten eine andere Wertigkeit geben.

*Hat die Stasi selbst, um den Westen irrezuführen, falsche Akten angelegt?*

Nein, das sicher nicht. Daß „der Westen“ oder daß Bürger überhaupt einmal Zugang zu den Archiven der Staatssicherheit haben würden, war ja nicht vorgesehen. Gleichwohl gab es aber in der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, deren langjähriger Leiter Markus Wolf gewesen ist, eine eigene Abteilung „Desinformation“. Deren Aufgabe war es, im „Operationsgebiet“, wie das westliche Ausland damals hieß, gezielt falsche Dokumente, Nachrichten oder sonstige Daten zu verbreiten, um auf diese Weise Einfluß zu erlangen.

*Ich selbst bin seit 1946 bis zu meiner Verhaftung am 3.3.1949 meines Wissens nur durch die NKWD beschattet worden. Ich weiß von 5 Personen, daß sie von der NKWD verpflichtet wurden, über mich Berichte abzuliefern. 4 haben mir dies in der SBZ damals selbst mitgeteilt und einer nach meiner Entlassung 1957 in Frankfurt am Main. Sind diese ausschließlich von der NKWD angelegten Akten später der Stasi übergeben worden?*

Das Ministerium für Staatssicherheit entstand 1950 und war sozusagen der Lehrling des KGB. Nicht die russischen Geheimdienstler mußten die Deutschen über ihre Aktivitäten informieren, es war - zumindest bis in den Anfang der 50er Jahre hinein - eher umgekehrt. Die vom NKWD angelegten Akten sind in der Regel alle mit in die damalige Sowjetunion zurückgegangen. Es kann aber durchaus sein, daß trotzdem zu Ihnen Unterlagen in den Archiven des ehemaligen MfS vorhanden sind, eine Strafnachricht oder ähnliches beispielsweise, vielleicht auch noch ein Urteil. Gewißheit darüber kann Ihnen nur ein Antrag auf Akteneinsicht bei meiner Behörde verschaffen.

*Nach meiner Verhaftung, ausschließlich durch 4 NKWD-Mitarbeiter habe ich 9 Monate in Einzelhaft verbracht. Die Verhöre wurden nur nachts durchgeführt und die Protokolle, die ich unterschreiben mußte, waren in russischer Schrift. Die Gerichtsverhandlung war eine Farce. Ist Ihnen bekannt, ob diese in russisch abgefaßten Protokolle sowie das Protokoll über die Hauptverhandlung nebst Urteil später vollständig der Stasi übergeben wurden?*

Siehe Antwort auf vorhergehende Frage.

*Haben Sie auch Akten vorgefunden, die sich mit Spionage in Westdeutschland und der Bespitzelung von Politikern und Bürgern in der BRD befaßt haben?*

Die ideologische Vernebelung der Partei- und Staatsführung der DDR hat zwangsläufig auch die Arbeit der Staatssicherheit geprägt. Demzufolge war die Stasi in der Bundesrepublik sehr aktiv, denn dort saß der „Klassenfeind“ am nächsten.

Nicht nur die Hauptverwaltung Aufklärung, auch zahlreiche andere Hauptabteilungen des MfS betrieben im Westen Spionage - angefangen von der weitreichenden Überwachung des Funk- und Telefonverkehrs, der Postkontrolle, dem Beschatten ehemaliger DDR-Bürger, die sich vom Westen aus aktiv für die Opposition in der DDR einsetzten, der Infiltrierung von Institutionen wie dem Gesamtdeutschen Institut oder Verbänden wie Amnesty International über die Wirtschaftsspionage bis hinein in die höchsten Ämter von Parteien und Regierung. Mit ungeheurem finanziellen und personellem Aufwand versuchte man, demokratische Prozesse und Entscheidungen in der Bundesrepublik zu beeinflussen, zu verhindern oder sogar auszuhebeln.

Erst vor wenigen Tagen haben wir eine im Auftrag der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit“ zusammengestellte Studie über die West-Arbeit des MfS und ihre Wirkungen übergeben. Neben vielen anderen Erkenntnissen haben wir während der Forschungsarbeiten zu diesem Thema auch feststellen müssen, daß über die Jahre hochgerechnet mindestens 20.000 Bundesbürger dem MfS zugearbeitet haben. Teilweise für Geld, teilweise aus echter ideologischer Überzeugung. Das Thema Staatssicherheit ist also keines, das die Ostdeutschen im stillen Kämmerlein unter sich auszumachen haben. Es ist vielmehr ein gesamtdeutsches Problem.

*Konnten Akten sichergestellt werden, aus denen ersichtlich ist, daß selbst hohe SED-Funktionäre überwacht wurden und gegebenenfalls wer?*

Das Ministerium für Staatssicherheit sah sich als „Schild und Schwert“ seiner Partei, der SED. Dem Erfüllungshelfen war es natürlich nicht erlaubt, seinen Auftraggeber zu überwachen.

*Haben Sie Unterlagen vorgefunden, aus denen ersichtlich ist, daß das Politbüro die Gerichte angewiesen hat, die Strafen zu verhängen?*

Ja, diese Unterlagen gibt es. Im Rahmen eines Prozesses wegen Rechtsbeugung vor dem Landgericht Frankfurt (Oder), für den eine gutachterliche Stellungnahme anzufertigen war, hat sich ein leitender Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung meines Hauses 1996 und 1997 mit diesem Thema beschäftigt. Insbesondere, wenn es sich um Strafverfahren gegen Regimegegner handelte, war die Zusammenarbeit zwischen dem MfS, den Justizorganen und der SED sehr eng, siehe beispielsweise Robert Havemann oder Rudolf Bahro. Aber auch in anderen Fällen war es durchaus möglich, daß über den Prozeßverlauf und das Strafmaß von vornherein Absprachen bestanden. So geschehen zum Beispiel in einem Verfahren vor dem Bezirksgericht Erfurt im Jahre 1973, bei dem das Todesurteil gegen den Beklagten bereits vor der Anklageerhebung von Mielke und Honecker bestätigt war. So geschehen in einem Strafverfahren gegen Jugendliche vor dem Kreisgericht Oranienburg 1988. Während einer Kneipenschlägerei war es zu tätlichen Angriffen auf herbeieilende Volkspolizisten gekommen. Auf Honeckers Anweisung hin, der mit einem Schauprozeß dokumentieren wollte, daß die Sicherheit der Bürger jederzeit gewährleistet sei, wurde nicht Rowdytum sondern öffentliche Herabwürdigung ins Zentrum der Anklage gestellt und empfindlich hohe Strafen ausgesprochen.

*Wir ehemaligen politischen Gefangenen sind der Ansicht, daß schon wie bei den Nazis auch die Schergen der SED durch die Gerichte viel zu milde behandelt wurden. Teilen Sie unsere Ansicht?*

Wir leben in einem demokratischen Rechtsstaat, und ich bin froh darüber. Dazu gehört, daß die Gerichte unabhängig sind. Die Siegerjustiz, die uns insbesondere aus den Reihen der PDS und der ehemaligen Verantwortungsträger immer wieder vorgeworfen wird - siehe als jüngstes Beispiel Egon Krenz und seine Äußerungen zu Beginn des Dopingprozesses in Berlin - diese Siegerjustiz soll ja gerade nicht sein. Rache ist über juristische Wege nicht zu praktizieren, und ich habe bisher nur ganz wenige Menschen mit wirklichen Rachegefühlen getroffen.

Abgesehen davon, daß die bloße Mitarbeit in der SED oder die Tätigkeit als Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit an sich kein Straftatbestand ist, kann man sich über die Höhe der verhängten Strafen beispielsweise in Rechtsbeugungs- oder Mauerschützenprozessen natürlich streiten. Es ist aber meiner Ansicht nach nicht

Aufgabe der Gerichte, moralische Urteile zu fällen. Das muß schon die Gesellschaft selbst tun.

*Sie haben sich ganz im Sinne der ehemaligen politischen Häftlinge in der DDR dagegen ausgesprochen, einen Schlußstrich unter die Verbrechen der Stasi und ihrer Schergen zu ziehen. Wie lange muß nach Ihrer Ansicht Ihre Behörde noch arbeiten, bis alle Akten der Stasi aufgearbeitet sind?*

Diese Behörde wird es mit Sicherheit noch viele Jahre geben. Ob in der jetzigen Form oder vielleicht in 20 oder 40 Jahren angegliedert an eine andere Institution, sei einmal dahingestellt. Noch immer erreichen uns monatlich tausende Anträge von Bürgern, von Arbeitgebern, Gerichten, Forschern und Journalisten.

Die Schwerpunktaufgaben innerhalb der Behörde werden sich mit der Zeit verlagern, beispielsweise soll es 15 Jahre nach Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ja keine Überprüfungen im öffentlichen Dienst mehr geben. Das wäre ab dem Jahre 2007. Die Möglichkeit der Akteneinsicht für Privatpersonen wird natürlich erhalten bleiben. Und unsere Forschungstätigkeit werden wir weiter ausbauen.

Der Tag, an dem tatsächlich alle Akten der Staatssicherheit erschlossen und geordnet sind, an dem wir den Bürgern eine wirklich hundertprozentig abschließende Auskunft zu ihren Anträgen geben können, dieser Tag liegt noch in weiter Ferne.

*Sind Sie auch der Ansicht, daß Haftzeiten in der SBZ/DDR nach dem Bundesentschädigungsgesetz und nicht nach dem Versorgungsgesetz zu bewerten sind, und können Sie dies gegebenenfalls begründen?*

Die Haftzeiten in der ehemaligen DDR nach dem Versorgungsgesetz zu bewerten, war eine Entscheidung der Abgeordneten. Sicher kann ich dazu als Privatperson meine Meinung haben, doch ich selbst bin persönlich - glücklicherweise - nicht betroffen. Ich sehe hier eine wichtige Aufgabe der Opferverbände, sich für die ehemals und teilweise heute wieder Benachteiligten stark zu machen und Verbesserungen einzufordern. Die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen tun das bereits.



**Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.**

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 52.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, daß unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

Flughafen  
Frankfurt Main

Service zwischen Himmel und Erde